

ANTRAG

Antragsteller*innen:

A5: Gegen rechtsextreme, rechtspopulistische und antidemokratische Angriffe – Keine Neutralität gegenüber Menschenfeindlichkeit. Für den Aufbau eines wirksamen Krisenmanagements im Landesjugendring NRW

Antragstext

Der Landesjugendring NRW möge beschließen:

Klare Positionierung gegen rechtsextreme, rechtspopulistische und antidemokratische Angriffe

Der Landesjugendring NRW steht klar für Demokratie, Vielfalt und Menschenwürde und bekräftigt seine Haltung gegen jede Form von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit und andere menschenfeindliche Ideologien.

Wir lehnen die Verbreitung der sogenannte **Neutralitätsfiktion** entschieden ab. Demokratische Jugendarbeit ist **nicht neutral**, wenn es um Menschenfeindlichkeit geht – sie ist parteilich für die Werte des Grundgesetzes.

Antifaschismus, Antirassismus und Einsatz für Menschenrechte sind keine Meinungen, sondern demokratische Verpflichtungen.

Jugendverbände in NRW zeigen Haltung –
für Demokratie, Vielfalt und ein respektvolles Miteinander.

rechtsextreme, rechtspopulistische und antidemokratische Angriffe auf Jugendverbände und Engagierte sind Angriffe auf die Demokratie selbst. Der Landesjugendring solidarisiert sich ausdrücklich mit allen Jugendverbänden, Initiativen und Einzelpersonen, die in NRW von rechtsextremen, rechtspopulistischen und antidemokratischen Angriffen, Bedrohungen oder Diffamierungen betroffen sind und arbeitet daran, Schutz- und Unterstützungsstrukturen auszubauen.

Aufbau eines Krisenmanagements:

Der Landesjugendring NRW entwickelt im Rahmen einer AG mit den beteiligten Mitgliedsverbänden ein **Konzept für ein Krisenmanagement bei rechtsextremen, rechtspopulitischen und antidemokratischen Angriffen**, das folgende Elemente beinhaltet:

- **Ansprech- und Unterstützungsstruktur:**

Einrichtung von **zentralen Kontaktstellen** im Landesjugendring NRW, die im Krisenfall betroffenen Verbänden schnelle Unterstützung bieten, z. B. Erstberatung, Vermittlung an Fachstellen und Unterstützung bei Öffentlichkeitsarbeit.

- **Kommunikations- und Handlungsleitfäden:**

Entwicklung praxisnaher Handreichungen zur strategischen Öffentlichkeitsarbeit und internen Krisenkommunikation nach Angriffen. Unterstützend hierzu Entwicklung einer Tabelle zur differenzierten Fallmeldung und einer niedrigschwelligen Meldekette, um einen Überblick über die Bedrohungslage zu behalten (Monitoring).

- **Unterstützung und Schutz für Betroffene:**

Aufbau eines Netzwerks für psychosoziale, rechtliche und organisatorische Hilfe – in Kooperation mit bestehenden Beratungsstellen in NRW.

- **Fortbildung und Prävention:**

Regelmäßige **Workshops und Schulungen** für Mitgliedsverbände zu den Themen:

- Schutz vor rechtsextremen, rechtspopulitischen und antidemokratischen Angriffen und digitaler Hassrede
- Sicherheit im Ehrenamt
- Umgang mit Bedrohungen und rechtlichen Fragen
- Solidarische Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

2. Kooperation und Vernetzung:

Der Landesjugendring NRW arbeitet hierzu mit bestehenden Initiativen und Fachstellen zusammen, insbesondere mit:

- **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW (MBR NRW)**
- **Beratungsnetzwerk „NRW – für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“**
- **Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus (LKS NRW)**
- **IDA NRW**
- **FARN - Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz**

58 **3. Finanzierung und Verstetigung:**

59 Der Landesjugendring wird beauftragt, gemeinsam mit den Mitgliedsverbänden
62 geeignete weitere **Fördermittel aus Landes- und Bundesprogrammen** (u. a.
63 „KJFP NRW“, „Demokratie leben!“, „NRWeltoffen“) sowie ggf. aus **Stiftungen**
64 einzuzwerben, um die Krisenstruktur nachhaltig aufzubauen und zu sichern.

65 Darüber hinaus appellieren wir an die Solidarität der demokratischen Fraktionen
66 und der Landesregierung gegenüber der Jugendverbandsarbeit als wichtige Säule
67 unserer demokratischen Gesellschaft. In der Vergangenheit und auch aktuell
68 erfahren die Jugendverbände viel Unterstützung von politischer Seite. Diesen
69 Schutz braucht es auch in Zukunft über Partei-, Fraktions- und Ressortgrenzen
70 hinweg.